

Zollverein

Rr. 1

Dienstag, den 2. Januar 1923

49. Jahrgang

Heute Beginn der Pariser Verhandlungen

Franreichs Programm zur Konferenz

Neujahrsempfang beim Reichspräsidenten

Berlin. 1. Januar. Der Reichspräsident empfing am Neujahrstage die Chesse aller sischen Freunde diplomatischen Vertretungen. Der wohlsame Wunsch Monsignore Pacelli als Ehren des diplomatischen Corps hieß eine Anrath, in der er den Wunsch ausdrückte, daß das eue Jahr mit Gottes Hilfe die große Menschenheit ihrem Ziele nahe bringen möge, wonach die Freien aller Menschen auten Willens streben, und in es den Völkern zusammen mit der Erfüllung der gewohnten Aufgaben eine Befriedigung und Sicherheit bringen möge, die das Unterfangen der Ordnung, der Arbeit, des Gedächtnis und des Fortschrittes sind. Das sei der aufrichtige Wunsch des diplomatischen Corps für den Reichspräsidenten soviel wie für die deutsche Nation.

Der Reichspräsident erwiederte mit einer Anrede, in der er zunächst für die ihm und Deutschland dargebrachten Wünsche dankte. Er bitte den Aufsatz, versichert zu sein, daß er sie von Herzen wußte. „Sie verfehlten“ jene der Reichspräsident fort, „mit Ihrem heißen Wunsche nach Freiheit, brüderlicher Liebe und Gerechtigkeit dem tiefen physischen auch des deutschen Volkes Ausdruck, das Hoffnung lebt, daß die erhaltenen Gedanken der Weihnachtskundgebung des Papstes dazu beitragen möchten, das Zusammenleben der Völker immer friedlicher und harmonischer zu gestalten. Selen Sie, meine Herren, versichert, daß das deutsche Volk und die aus seiner Mitte hervorgegangene Regierung alles tun werden, mit die immer noch auseinanderliegenden Völker in wahrer Freiheit und in gemeinsamer für alle der ganzen Welt in notwendige Neugestaltung des wirtschaftlichen und geistigen Zusammenlebens der Nationen zu zählen. Ich darf hiermit die Bitte verlängern, Herrn Konsul und meine Herren, Ihren Staatssekretären, den Regierungen und Völkern auch meine eingesandten, aufrechten Wünsche für ein Friedliches, nützliches neues Jahr, in dem unser alter Lehnen seine Erfüllung finden möge, übermitteln zu wollen.“

Der Reichspräsident begrüßte die einzelnen Diplomaten und wechselte mit ihnen Neujahrswünche. Bei dem Empfang waren der Reichskanzler, Reichsminister des Auswärtigen Dr. v. Rosen-berg und Staatssekretär Freiherr v. Maltzahn gegenwärtig. Die Mitglieder der Reichsregierung, der Reichskanzlei, Reichsminister und Staatssekretäre, zuerst die Präsidenten des Reichstages und des Reichsministeriums, sowie Vertreter des Reichs-ates und der Wehrmacht sprachen daran anschließend dem Reichspräsidenten ihre Glückwünsche aus.

Berlin, 1. Jan. Reichswehrminister Dr. Geßler bat an die uns verbliebene kleine Wehrmacht um Jahreswechsel folgende Rorte gerichtet:

Wiederum neigte sich ein Jahr schwerer Not und Prüfung für unser Vaterland zu Ende. Durchgängen von der hohen Bedeutung ihres verantwortungsvollen Berufes, Schutz und Schirm des zivilen Volkes und seiner Verfassung zu sein, hat die junge Wehrmacht auch im verschlossenen Jahre trotz für das Vaterland voll ihre Schuldigkeit getan. Dies dankbar anzuerkennen, bietet mir der Jahreswechsel willkommene Gelegenheit. Zugleich rede ich allen Angehörigen des Heeres und der Marine meine besten Wünsche aus in der Hoffnung, ich uns das neue Jahr weiter vorwärts bringe. O uns aus wollen wir dieses Ziel durch treue Fleißerfüllung mit allen Kräften fördern."

Ein Mordplan gegen Bismarck

III. Warschau, 2. Januar. Der Attentäter Niedzielski wurde, wie gemeldet, zum Tode verurteilt, worum er im Schlusswort selbst gebeten hatte. Die einstöufige Verhandlung wirkte deshalb saktionär und beleuchtete dadurch die Gedanken-
welt der polnischen Nationalisten, daß der Täter z. B. sein Attentat sei seit längerem gegen Piłsudski vorbereitet gewesen, weil Piłsudski und seine Politik an allem Elend Polens Schuld seien. Er durch einen Zufall sei Piłsudski am 6. Dezember in mörderischen Augen entgangen, die am 16. De-
zember seinen Nachfolger getroffen hat, weil die
Menge, das er mit nicht polnischen Stimmen ge-
wählt, nur so gekürt werden konnte

Frankreichs Programm zur Konferenz

22. Paris. 2. Januar. Bonar Law ist gestern nachmittag um 6,30 Uhr in Paris angekommen. Am späten Abend traf Lord Curzon aus Lausanne hier ein. Blair nimmt an, daß die beiden englischen Minister heute schon Poincaré einen Besuch machen werden, während die offiziösen Pariser Verhandlungen erst am Dienstag nachmittag beginnen sollen. Bei einer nicht offiziellen Vorbesprechung im Quai d'Orsay wird es sich, wie die Blätter melden, vor allem um die Reparationsfrage und um die Lausanner Frage handeln.

II. Paris, 2. Januar. Die französische Regierung wird, wie von allen Seiten berichtet wird, am Dienstag den interalliierten Reparationsverhandlungen ein Programm, d. h., eine Reihe von Forderungen zu Grunde legen. Zur leichten Abstimmung über dieses Programm stand gestern vor Mittag ein französischer Ministerraat statt, an dem außer Poincaré der Finanz- und Arbeitsminister, der Minister für die besetzten Gebiete, ferner Barthou und der Oberkommissar im Rheinland, Tard, sowie der Direktor der Minen im Arbeitoministerium Guillaume und der Mineninspektor Costa teilnahmen.

Dem „Petit Parisien“ zufolge, gliedert sich das franzößische Programm in 3 Punkte: 1. Die Frage einer Herabsetzung der deutschen Schuld, in Verbindung mit einer entsprechenden Verringerung der interalliierten Schuld; 2. Die Frage des Moratoriums für Deutschland und im Falle der Bejahung 3. die Frage der Sicherheiten und Pfändungen.

Zu diesem 3. Punkt führt das genannte Blatt aus: Frankreich ist bereit, den Teil der deutschen Schuld, der den C.-Obligationen entspricht und 7-800 Millionen beträgt, zu streichen, wenn ein entsprechender Teil der interalliierten Schuld gestrichen wird. In der Moratoriumsfrage ist

Frankreich der Ansicht, daß ein Aufschub von 2 Jahren ihm genügen müsse, die deutschen Finanzen in Ordnung zu bringen. Für die Zeitdauer des Moratoriums werde Frankreich scharfe Kontrollmaßnahmen in Deutschland verlangen, die in Berlin vom Garantiekomitee zu überwachen wären. Die Pfänder hätten zu bestehen: 1. aus der Ausbeutung der Wälder im besetzten Gebiet, wodurch die verlängerten Holzlieferungen gedeckt werden könnten; 2. in der Überwachung der Kohlenlieferungen aus dem Ruhrgebiet für Reparationszwecke; 3. in der Erhebung von Zolleinnahmen im besetzten Gebiet, so in den Zollämtern des Ruhrgebiets, wobei es sich nicht um die Schaffung einer Zollgrenze, sondern um die Erhebung der bereits bestehenden deutschen Zollfeste handeln soll; 4. in der Erfassung eines Teiles der durch die deutsche Ausfuhr im Rhein- und Ruhrgebiet eingehenden fremden Devisen; 5. in der Beschlagnahme der Kohlensteuer im Rhein- und Ruhrgebiet.

Nach französischer Auffassung müsste Hand in Hand mit der Bewilligung des Moratoriums auch u. a. eine interalliierte Anleihe für Deutschland gehen, die schon während der Moratoriumsdauer möglich sein müsste. Die für diese Anleihe notwendige Sicherheit würde vom Garantiekomitee in Verbindung mit Vertretern der Anleihengeber kontrolliert werden.

Gegen die Beschränkung der deutschen Luftschiffahrt

Berlin, 1. Januar. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, hat die Entente Deutschland zum Eintritt in die Internationale Luftfahrtkonvention vom 13. Oktober 1919 aufgefordert. Dem deutschen Botschafter in Paris ging nachstehendes Schreiben der Botschafterkonferenz zu:

20 des Vertrages von Versailles vorgesehene Zustimmung zum Beitritt Deutschlands zu der Konvention über die Ufahrt vom 13. Oktober 1910 zu erheben. Diese Mächte laden die deutsche Regierung daher ein, vor dem 25. Dezember 1922 gemäß Artikel 42 der Konvention vom 13. Oktober 1919 den Antrag der genannten Konvention zu stellen. Die Konferenz wäre dankbar, wenn Euer Exzellenz Ihre Regierung bitten wollten, ihre Antwort in kürzester Frist bekannt zu geben, damit die alliierten Regierungen alle erforderlichen Maßnahmen treffen können."

Der Botschafter antwortete hierauf namens der deutschen Regierung folgendes:

Die deutsche Regierung nahm mit Danl von der Einladung zum Eintritt in die Pariser Luftfahrtkonvention vom 13. Januar 1919 Kenntnis. Auch sie steht auf dem Standpunkte, daß eine rechtliche Errichtung der Luftfahrt, die im Interesse aller beteiligten Völker liegt, nur auf breiter internationaler Grundlage möglich ist. Sie würde es daher an sich durchaus begehrken, wenn sie Mitglied der Konvention werden könnte. Dabei kann sie indessen zwei Gesichtspunkte nicht außer Acht lassen. Die deutsche Regierung könnte den Beitritt erst vollziehen, nachdem die Vertragsstaaten die durch den genannten Artikel ausgesteckten Beschränkungen, wie dies dem Versuch nach beabsichtigt wird, endgültig beseitigt seien. Außerdem müßte die deutsche Regierung den Beitritt von der Vorabstimmung abhängig

Dr. Cuno gegen Frankreichs Gewaltpolitit

Eine Rede in Hamburg.

?: Hamburg, 31. Dezember. Auf Einladung der Handelskammer fand heute nachmittag in der hiesigen Börse eine außerordentliche Versammlung eines Ehrenbaren Kaufmannes statt, die in Erwähnung der angekündigten Erklärungen des Reichskanzlers Dr. Cuno außerordentlich zahlreich besucht war. Der große Mittesaal der Börse und die Galerie waren dicht gefüllt. Unter den Erschienenen deren Zahl insgesamt auf 4- bis 5000 geschätzt wurde, bemerkte man die hervorragendsten Vertreter des Hamburger Wirtschaftslebens. Präsident Wittstock eröffnete die Versammlung und dankte zunächst den Mitgliedern, daß sie zu dieser so außergewöhnlichen Stunde so zahlreich erschienen seien. Sie alle, sagte der Rechner, werden mit mir den Herrn Reichskanzler mit ausdrücklicher Freude und lebhaftem Dank an dieser Stätte begrüßen. (Bravo.) Ich kann nur wiederholen, was ich gestern bereits in der Jahrestersammlung eines Ehrenbaren Kaufmanns erklärte, daß die Hamburger Kaufmannschaft stolz darauf ist, daß ein Mitglied der Handelskammer und eines Ehrenbaren Kaufmanns berufen wurde, um in dieser schweren Zeit an einer Stelle die Geschicke unseres Vaterlandes zu lenken. (Bravo.) Hierauf nahm der Reichskanzler zu längerer Rede das Wort.

Er wies zunächst darauf hin, daß der Weltfriede der Völker nur erreicht werden könne, wenn sich alle Völker geschlossen auf den Boden der Wirklichkeit stellten. Der Reichskanzler fuhr fort: „Die neue Regierung war vom ersten Tage an bemüht, eine Lösung des Reparationsproblems zu finden, die von uns getragen und von der Gegenseite angenommen werden kann. Deutschland braucht, um leisten zu können, internationale Anleihen, hat aber mit dem Ansicht auf solche, wenn seine Leistungsfähigkeit endgültig hergestellt ist. Das in den letzten Beratungen der Reicheregierung gewonnene neue Bild von dem noch verbliebenen Reste unserer Leistungsfähigkeit, ist trübe. Unsere Wirtschaft zeigt bedenkliche Merkmale des Nervens. Wir sind entschlossen, eine erste feste Summe aus uns zu nehmen, und sind bereit, diese feste Summe in Anleihen durch Vermittlung eines internationalen Finanzkonsortiums aufzubringen, und, soweit dies nicht im Anleihepreis gelingt, Zins- und Tilgungsquoten zu bezahlen. Eine solche Regelung der finanziellen Seite der Frage würde die Wege für die Durchführung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten schon die in ihrer Auswirkung einen wesentlichen Teil des Gesamtproblems bilden und die Grundlage für ein Zusammenschließen der Industrie Europas und namentlich Frankreichs und Deutschlands geben. Zu einer solchen Operation sind die deutschen Wirtschaftskreise bereit. Die Reichsregierung weiß, daß die wirtschaftlichen Kreise Deutschlands entschlossen sind, die Reparation bei der Durchführung ihres Vorschlags zu unterstützen. Um unsere Wirtschaft für die ungewissen Kosten zu stärken, werden wir ihr nach Möglichkeit die freie Bewegung ihrer Kräfte geben. Darum muß die endgültige Lösung dem deutschen Volke die wirtschaftliche Freiheit und die Gleichberechtigung wiedergeben und den Abbau der Besetzung der deutschen Lande am Rhein bringen, damit die unproduktiven Lasten und Hemmungen, die dort auf der deutschen Wirtschaft liegen, endgültig verschwinden. Düsseldorf, Düsseldorf und Nachort müssen geräumt werden. Die endgültige Lösung muß die Absehung sein an jede Politik von Sanktionen und Retorsionen, von Zinssatz- und Gewaltnahmen. Das Schicksal unserer bisherigen Werkstätte hängt uns ab, unsere neuen Vorschläge der Gegenseite schon heute in allen Einzelheiten zu untersetzen.“

Dagegen haben wir sie ersucht, einem Vertreter der Reichsregierung Gelegenheit zu geben, der in Paris zusammengetretenden Konferenz unsern Vorschlag schriftlich vorzulegen und mündlich zu erläutern. Hoffen wir, daß diese Ausprache nicht durch Entschlüsse vereitelt wird, die nicht nur über Deutschland, sondern über ganz Europa unabsehbare Unheil bringen würde. Ich denke an die Pfänderpolitik. Wer solche Pfänder hesscht, hat nicht wirtschaftliche sondern politische Ziele im Auge, wovon sie nimmt, begeht Beträugsbruch und Gewalt. Die Verwirklichung der politischen Pfänderpolitik bedeutet den Tod aller wirtschaftlichen Reputationen. Die Rede des Sekretärs of State Hughes in Newhaven hat von hoher Warte die unabschönen Zusammenhänge beleuchtet, durch die das Schicksal Europas mit dem Problem der Reparationen verschloßen ist. In Frankreich wird die Notwendigkeit der Besetzung der Rheinprovinzen auch mit der Besorgnis um kriegerischen Misschancen Deutschi

